

Europäische Kommission eine Taskforce mit der Planung von fünf neuen, dem EU-Standard entsprechenden Einrichtungen auf den Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros. Die Praxis des EJPD, auf der Grundlage der bestehenden Dublin-Bestimmungen die rasche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) mit familiären Verbindungen in die Schweiz zu ermöglichen, wurde umgesetzt. Zudem konnten nach dem Brand in der Einrichtung Moria auf der Insel Lesbos 20 UMA in die Schweiz einreisen. Die Schweiz hat Griechenland seit 2014 mit rund 12 Millionen Franken beim Aufbau von Unterbringungs- und Asylstrukturen sowie mit humanitärer Hilfe zugunsten der Migrantinnen und Migranten unterstützt. Der Fokus der Schweiz lag dabei insbesondere auf der Verbesserung der Situation von vulnerablen Migrantinnen und Migranten. Schliesslich setzt die Schweiz dieses Engagement fort: Griechenland ist einer der Partnerstaaten für die Zusammenarbeit im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags (Rahmenkredit Migration). Das Budget für das entsprechende Länderprogramm beläuft sich auf 40 Millionen Franken. Auf EU-Ebene setzt sich die Schweiz weiterhin für eine nachhaltige Reform des Dublin-Systems ein, die eine gerechtere Verteilung der Verantwortung unter den EU-Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten festlegt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.4265      Bericht zur Einführung elektronischer Fussfesseln im Ausländer- und Integrationsgesetz (Kommission für Rechtsfragen SR)

*Eingereichter Text: Der Bundesrat wird damit beauftragt, in einem Bericht, nach Konsultation der Kantone, den Bedarf und die Zweckmässigkeit der Massnahme der elektronischen Überwachung (Electronic Monitoring) im Bereich der ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen näher zu prüfen. Dabei sollen auch Erfahrungen der europäischen Staaten berücksichtigt werden und weitere Alternativen zur Administrativhaft im Bereich der ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen geprüft werden.*

*Zudem soll der Bundesrat prüfen, ob alternative Massnahmen zur Administrativhaft zweckmässiger wären als die elektronische Fussfessel und inwiefern diese umgesetzt werden könnten.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Einführung elektronischer Fussfesseln im Ausländer- und Integrationsgesetz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.